

Arbeitgeber provozieren: Jetzt raus zum Warnstreik

Angebot? Nein, Skandal!

Eine Lösung innerhalb der Friedenspflicht haben die Arbeitgeber unmöglich gemacht. Das in Fellbach vorgelegte »Angebot« bringt die Tarifverhandlungen einer Lösung nicht näher. Im Gegenteil, es provoziert die Beschäftigten. Die Antwort aus den Betrieben wird nicht auf sich warten lassen. Deshalb: Raus zum Warnstreik!

Eine klare Provokation, kein Angebot

In der dritten Runde kam es zwar endlich, das Angebot der Arbeitgeber. Aber es ist ein Skandal!

Die Mogelpackung:

Für die Monate November und Dezember 2008 sollen Einmalzahlungen von insgesamt 0,8 Prozent (296 € in der Entgeltgruppe 7) gezahlt werden. Allerdings soll die Hälfte davon im Rahmen einer Betriebsvereinbarung vom Arbeitgeber gestrichen werden können.

Damit würde für 2008 nicht einmal die Inflation ausgeglichen – obwohl es ein weiteres Rekordjahr der Profite werden wird.

Für 2009 haben die Arbeitgeber magere Entgeltsteigerungen von 2,1 Prozent angeboten. Das wären gerade mal 27,90 € für einen durchschnittlichen Beschäftigten in der Entgeltgruppe 7. Durch den Wegfall der Einmalzahlung würden sich daher die Entgelte 2009 um nur 1,0 Prozent erhöhen!

Von einer fairen Beteiligung der Beschäftigten am von ihnen erwirtschafteten Erfolg der Unternehmen keine Spur. Im Gegenteil. Für die außerordentlichen Leistungen der vergangenen Monate, für die massenhaft geleisteten Überstunden und Sonderschichten sollen die Beschäftigten nun mit Reallohnverlusten abgestraft werden. Nicht einmal ein Ausgleich der

Inflation – Hauptsache die Profite sind gesichert. So sieht der Dank der Arbeitgeber für das hohe Engagement der Beschäftigten aus. Millionen Menschen sollen den Gürtel enger schnallen, damit die Profite Weniger gesichert werden. Millionen soll das Ergebnis ihrer Leistung vorenthalten werden, weil die, die am Aufschwung ohne Ende profitiert haben, nun die Risiken

auf die Beschäftigten abwälzen wollen.

Die richtige Antwort: Warnstreiks

Mit dem Magerquark von einem Angebot wurde leichtfertig die letzte Chance vergeben, noch innerhalb der Friedenspflicht ein Ergebnis zu erzielen. Die Antwort muss jetzt aus den Betrieben kommen.



Vor der 3. Tarifverhandlung: Einige hundert Metallerinnen und Metaller in Fellbach



Über 5.200 Metallerrinnen

Konsequen

Wenige Tage vor dem Ende der Friedenspflicht haben über 5.200 Metallerrinnen und Metallerr in Karlsruhe Flagge für die Forderung nach 8 Prozent mehr Geld gezeigt.

Unter tosendem Applaus hatte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann die Arbeitgeber scharf angegriffen. Viele Unternehmenslenker hätten »jeden Maßstab des Vertretbaren verloren und sich an den steigenden Profitraten berauscht.« Außerdem würden viele die aktuelle Krise der Finanzmärkte mißbrauchen um Ängste unter den Beschäftigten zu säen.

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber sieht höhere Löhne als Voraussetzung dafür, »dass die kriminelle Zockerei an den Finanzmärkten nicht voll auf die Realwirtschaft durchschlägt.« Die Forderung der IG Metall sei richtig, um einer drohenden konjunkturellen Abschwächung durch eine Erhöhung der Kaufkraft entgegenzuwirken. Huber: »Wir brauchen höhere Löhne damit Arbeitsplätze gesichert werden.«





en und Metaller bei Aktionskonferenz in Karlsruhe

ent für 8 Prozent

Den Arbeitgebern warf er dagegen vor, mitten in der Finanzkrise und einem Abschwung der Konjunktur der Weltwirtschaft, mit Lohnsenkungen die Binnenkonjunktur abzuwürgen. »Genauso könnte man einem Magersüchtigen eine Nulldiät verordnen,

um ihn vor dem Verhungern zu retten.« Er nannte es zudem »schäbig«, dass die Metallarbeitgeber aus der Finanzkrise Gewinn ziehen wollten und mit »dramatisierender Schwarzmalerei« faire Verhandlungen verhinderten.

KOMMENTAR



Jörg Hofmann,
IG Metall-Bezirksleiter
in Baden-Württemberg

Großkonflikt wird provoziert

Wer einen Tag vor Ablauf der Friedenspflicht ein solches Angebot auf den Tisch legt und auch noch als „Lösungsvorschlag“ bezeichnet, provoziert bewusst einen Großkonflikt. Nach diesem Schritt ist klar: Ein Tarifergebnis werden wir nicht ohne massiven Druck aus den Betrieben erreichen.

Was uns in Fellbach von Südwestmetall präsentiert wurde, konnte nur auf die harsche und eindeutige Ablehnung der Verhandlungskommission stoßen. Damit wären weder die Reallöhne gesichert, noch würden die Beschäftigten an der immer höheren Produktivität beteiligt. Statt einem Dankeschön an die Beschäftigten als Anerkennung für ihre außerordentlichen Leistungen, sollen sie mit Reallohnverlusten abgestraft werden. Der Tanz um das goldene Kalb des Profits kennt keine Gerechtigkeit. Dafür müssen wir selbst sorgen: Durch massive Verweigerung unserer Arbeitsleistung. Warnstreiks im ganzen Land, in allen Betrieben sind angesagt.

Sollte jemand glauben, die IG Metall sei nicht mobilisierungsfähig, so wird er - da bin ich mir sicher - in den kommenden Tagen vom Gegenteil überzeugt. Und wir sagen klar und deutlich: Ab 1. November haben die Beschäftigten Anspruch auf eine Erhöhung der Entgelte! Wir wollen bis Mitte November ein Ergebnis, damit die Entgelterhöhung unterm Weihnachtsbaum liegt. Wer einen Arbeitskampf vermeiden will, muss daher jetzt handeln. Die Arbeitgeber sind gefordert.

Informationsveranstaltung des Betriebsrats bei Porsche am 23. Oktober in Zuffenhausen



Zähne zeigen!



SÜDWESTMETALL
Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.

GESAMTMETALL
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie

Impressum: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Verantwortlich: Jörg Hofmann, Telefon (0711) 16581-0, Fax (0711) 16581-30, Fotos: Graffiti; E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de, Internet: www.bw.igmetall.de, Druck: apm AG, Darmstadt

Mitglied werden!



Beitrittserklärung

Name Vorname

STRASSE/HAUSNUMMER TELEFON

POSTLEITZAHL/WOHNORT GEBURTSDATUM

BETRIEB: NAME UND ORT

z. Zt. vollbeschäftigt teilzeitbeschäftigt männlich weiblich

Auszubildende/r bis voraussichtlich:

gewerbl. Arbeitnehmer/in Angestellte/r kaufm. techn. Meister

Nationalität Änderung des bisherigen Status

Mitgliedsbeitrag (1% des monatl. Bruttogehalts) ab Monat

geworben durch (Name und Betrieb)

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. Bankleitzahl

Name des Kreditinstituts in PLZ Ort

Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Zugangsart) für die Eintragung dieser Daten. Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Die für den Beitragseinzug nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geldinstitut – bei Lohnabzug mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 % des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von der Ortsverwaltung der IG Metall festgelegten Kassierungsart (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abruf von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Beitrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall regeln. Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Den vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift des Antragstellers/Mitgliedes/Kontoinhabers

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten oder an die IG Metall Verwaltungsstelle schicken